



# **FIGHT BACK!**

**ANTIFASCHISTISCHES (JUGEND) INFO BRAUNSCHWEIG**

---



Einen Artikel zum Verbot von  
durchgestrichenen Hakenkreuzen  
findet ihr auf Seite 5

## Solidarität mit den streikenden Flüchtlingen!

Seit dem 4. Oktober befinden sich die BewohnerInnen eines Ausreiselagers in Blankenburg (bei Oldenburg) in einem unbefristeten Streik. Rund 150 Flüchtlinge verweigern das Essen der Kantine und die lagerinternen 1-Euro-Jobs.

nungen, statt in Sammellagern am Stadtrand.

Das Abschiebelager Blankenburg ist eines von drei großen Lagern in Niedersachsen, die anderen beiden sogenannten Ausreisezentren

befinden sich in Braunschweig und Hesepe. Dort werden offiziell die Flüchtlinge eingewiesen, deren Chance auf einen erfolgreichen Asylantrag von den Behörden als gering einge-



Sie fordern die Auszahlung von Bargeld, um sich ihr Essen selbst zubereiten zu können, eine bessere Gesundheitsversorgung und die Unterbringung in eigenen Woh-

schätzt wird (was bei einer Annahmquote von 0,9% im Jahr 2005 fast alle sein können). Die Abschiebelager erfüllen die Funktion Druck auf die Flüchtlinge aus-



**Impressum:** Fight Back!, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig  
Erscheint regelmäßig in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Verteilung erfolgt kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen. Der Inhalt der einzelnen Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung des gesamten Redaktionskollektivs wieder. Über den Abdruck von zugeschickten Artikeln, Terminen etc. entscheidet das Redaktionskollektiv.

**Eigentumsvorbehalt:** Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum des Redaktionskollektivs. "Zur Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes an das Redaktionskollektiv der Fight Back! zurückzusenden.

V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

zuüben, damit sie möglichst schnell „freiwillig“ wieder ausreisen. Daher werden sie bewusst isoliert in Sammelunterkünften am Stadtrand untergebracht, denn so kann eine „Verfestigung des Aufenthaltes [...] verhindert werden“ (Innenminister Schönemann). Hinzu kommen ständige Interviews bzw. Verhöre von Flüchtlingen, deren Herkunftsland aufgrund fehlender Papiere unklar ist, regelmäßige Botschaftsvorfürungen, Streichung des ohnehin geringen Taschengeldes von knapp 40 € im Monat, schlechtes Essen und mangelnde medizinische Versorgung. Das systematisch verfolgte Ziel der Einrichtung ist es, dass die Flüchtlinge „von allein“ ausreisen oder aber zwangsweise ab-

geschoben werden. Ein dritter Weg, der bewusst in Kauf genommen wird, ist der in die Illegalität, denn so fallen die Flüchtlinge komplett aus allen „Leistungen“ heraus.

Die Flüchtlinge des Abschiebelagers Blankenburg sind nun gegen die Trostlosigkeit des Lagerlebens, ihre schlechte Lebenssituation und die rassistische Flüchtlingspolitik aktiv geworden. Bereits Ende September fanden in Oldenburg/Blankenburg die Anti-Lager-Aktionstage statt, mit denen verstärkt der Kontakt zwischen Antirassistischen Initiativen und Flüchtlingen aus dem Lager Blankenburg hergestellt werden sollte. Auf Veranstaltungen berich-



teten Flüchtlinge von ihrer Situation im Lager und von diskriminierenden Behandlung durch MitarbeiterInnen der Einrichtung.

Nach den Aktionstagen hielten sie selber Treffen ab und organisierten eine Demonstration vor der Ausländerbehörde und der Kantine des Lagers. Anschließend wurde beschlossen in einen unbefristeten Streik zu treten und das Kantinenessen und die 1-Euro-Jobs zu boykotieren. Es fanden bereits eine Pressekonferenz, ein Konzert und mehrere Demonstrationen statt. Seit dem steigt der Druck der Lagerleitung und Ausländerbehörde. Mehre Aktivisten wurden



mus nicht allein zu lassen. Achtet daher auf Ankündigungen für Solidaritätsaktionen. Abschiebelager dichtmachen - Abschiebung stoppen!

nach Bramsche-Hesepe und Braunschweig zwangsvelegt, es kam zu vermehrten Botschaftsvorfürungen und es wurde zu-

sätzliche Polizei auf dem Lagergelände stationiert. Doch auch dies konnte den Widerstand bislang nicht brechen...

Es wichtig die Flüchtlinge mit ihrem Kampf gegen staatlichen Rassis-

mus nicht allein zu lassen. Achtet daher auf Ankündigungen für Solidaritätsaktionen. Abschiebelager dichtmachen - Abschiebung stoppen!

Aktuelle Infos gibt's unter: [www.nolager.de](http://www.nolager.de)



## **Gericht verbietet durchgestrichene Hakenkreuze!**

Es klingt verrückt, ist aber wahr: Das Stuttgarter Landgericht hat befunden, dass das Zeigen von Hakenkreuzen unabhängig der Absicht des Trägers strafbar ist. Somit sind zukünftig auch durchgestrichenen, zerschlagenen oder im Mülleimer landenden Hakenkreuzen verboten!

Auf der Anklagebank saß der Geschäftsführer des Stuttgarter „Nix-Gut“-Versand, beidem im letzten Jahr von der Staatsanwaltschaft rund 17000 Artikel beschlagnahmt wurden. Aufgrund des Verkaufs von Buttons und T-Shirts auf den durchgestrichene Hakenkreuze zu sehen waren, wurde er nun zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Oberstaatsanwalt Bernhard Häußler betonte in dem Prozess, das Hakenkreuz symbolisiere die Nazizeit und dürfe sich nicht wieder in der Gesellschaft einbürgern und zudem könne auch die Verwendung in einem antifaschistischen Kontext missverstanden werden.

Da hat sich die Justiz ja mal wie-

der was ganz besonderes zurecht geschustert. Offensichtlich soll mit dem nicht mehr Zeigen von Hakenkreuzen, egal in welchem Kontext, ein Stück deutsche Geschichte verdrängt und am besten möglichst schnell vergessen werden. Denn in das ach so „moderne und weltoffene Deutschland“ passt dieses Kapitel so gar nicht rein. Und während Nazis regelmäßig unter dem Schutz der Polizei mit Parolen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-

SS“ marschieren dürfen, hat die Polizei mal wieder einen willkommenen Anlass antifaschistische

Proteste wegen Plakaten und Transparenten mit z.B. durchgestrichenen Hakenkreuzen zu kriminalisieren, was sie mittlerweile auch schon mehrfach tat.

Für uns bleibt ein zerschlagenes Hakenkreuz ein wichtiges antifaschistisches Symbol, ob in der Auseinandersetzung mit dem historischen Faschismus oder mit den Nazis aus NPD und Kameradschaften. Also: Hakenkreuze durchstreichen, zerschlagen und in die Mülltonne!



## Schule mal garnicht...

Wie wär´s wenn SchülerInnen das ganze Zeug was über ihren Kopf hinweg entschieden wird nicht einfach mitmachen? Wie wär´s wenn endlich mal was nennenswertes gegen die Abschaffung der Lehrmittelfreiheit, das dreigliedrige Schulsystem, welches nur der frühzeitigen Selektion dient, und das immer weitere Vordringen der Wirtschaft in den Bildungsbereich passiert?

In Berlin wurde am 13. September der Anfang gemacht. Mit einem Schulstreik und einer Demonstration des SchülerInnenbündnis „Bildungsblockaden einreißen“ haben sich die Betroffenen der wirtschaftshörigen Bildungspolitik selbst zu Wort gemeldet. Trotz dem Verbot vieler Schulleitungen, der Zensur von SchülerInnenzeitungen und Einschüchterungen seitens der Lehrer und Direktoren folgten über 8000 SchülerInnen dem Aufruf des Bündnisses. Sie

verweigerten für einen Tag die Schule, nicht um einfach zu schwänzen, sondern um gegen die Kürzungen im Bildungsbereich zu demonstrieren. Von verschiedenen Schulen zogen kleine Demos los, die sich anschließend zu einer großen Demonstration vereinten. Auch ein antikapitalistischer SchülerInnen-Block beteiligte sich und machte deutlich, dass die Ursache für die aktuelle Bildungspolitik im kapitalistischen System liegen. Nachdem der Arbeitsmarkt durch Agenda 2010 usw. umgestaltet wurde ist nun die Bildung dran und wird den Anforderungen des Kapitals angepasst. Der Block rief dazu auf, die Proteste auszuweiten und - wie bei den Protesten gegen die Abschaffung des Kündigungsschutzes von Jugendlichen in Frankreich - die Aktionsformen zu radikalisieren, um den Druck auf die herrschende Klasse zu erhöhen.



Gastbeitrag der Jugend-Antifa Wolfenbüttel (JAW)

## Es gibt kein ruhiges Hinterland... auch nicht in Wolfenbüttel!

In den letzten Monaten haben Übergriffe von Nazis auf MigrantInnen, Punks und alternative Jugendliche in Wolfenbüttel wieder zugenommen. Das geschah vor allem im Zuge des, nach 1968 erstmals wieder geführten, kommunalen Wahlkampfes der faschistischen NPD. So wurde ein Jugendlicher von Nazis krankenhausesreif geschlagen und ein migrantischer Imbiss, eine Moschee und ein Kulturverein wurden mit rassistischen Parolen beschmiert. Bereits Ende 2003

versuchte eine Bande von jugendlichen Nazis in Wolfenbüttel Fuß zu fassen. Damals scheiterten sie am antifaschistischen Widerstand. Die neuen lokalen Entwicklungen faschistischer Aktivitäten sind aber von neuer „Qualität“. Die Nazis versuchen nicht mehr, in großen Gruppen den öffentlichen Raum zu vereinnahmen, wie es vor knapp drei Jahren am Wolfenbütteler Bahnhof der Fall war, sondern gehen in kleinen Gruppen gezielt gegen einzelne Leute vor. Ein Beispiel hierfür ist ein Angriff von sieben, mit Sturmhauben verummten, Nazis auf

einen 15-jährigen Jugendlichen am 08.09.2006. Selbiges Vorgehen ließ sich auch bei weiteren Übergriffen in der letzten Zeit beobachten.

Ein weiterer Punkt ist der NPD-Wahlkampf. Dieser verschaffte auch den parteiunabhängigen Nazis Aufwind. Nicht zuletzt, weil rassistische Parolen ganz offen die Plakatwände und Laternenpfähle „zierten“ und auch gerne



mal mit angepackt werden durfte, wenn es darum ging diese anzubringen. Während des Wahlkampfes nahm die Präsenz von Nazis in der Stadt erheblich zu, sie fühlten sich weitestgehend sicher. Antifaschistische Aktionen waren nötig und erfolgreich: Wenn man kurze Zeit nach den faschistischen Plakatieraktionen die Straßen in Wolfenbüttel durchquerte, konnte man feststellen, dass von dem Nazimüll an den Plakatwänden oft nicht vielmehr übrig blieb, als ein Haufen Schnipsel, oder sie einfach nicht mehr lesbar waren. Daraufhin heulte NPD-„Spitzen-

kandidat“ Andreas Molau gemeinsam mit seinem NPD-Kameraden Patrick Kallweit über einen ach so „undemokratischen“ Wahlkampf. Auch die jugendlichen Nazischläger mussten in dieser Zeit immer öfter feststellen, dass die Wolfenbütteler „Straßenromantik“ für sie auch mal ein Ende findet. Um dem faschistischen Treiben Einhalt zu gebieten, gründete sich die Jugend-Antifa Wolfenbüttel (JAW). Am 07.09.2006 organisierten wir den ersten antifaschistischen Spaziergang in Wolfenbüttel, um Flugblätter an Anwohner in der Gegenden zu verteilen, wo rassistische Parolen aufgetaucht waren bzw. Nazis häufig Präsenz zeigen. Das Flugblatt informierte zum einem über die derzeitige Situation mit den Faschisten und mobilisierte desweiteren zu einem antifaschistischen Infoabend in der Wolfenbütteler Innenstadt. Dieser wurde dann auch am 09.09.2006 erfolgreich durchgeführt. Viele PassantInnen zeigten sich interessiert und bekundeten ihre Sympathie und wie wichtig es sei, Widerstand gegen die faschistischen Umtriebe zu leisten.

Wir, die Jugend - Antifa Wolfenbüttel, haben es satt, dass Nazis versuchen, sich in Wolfenbüttel und anderswo breit zu machen und von Behörden und Presse wie eh und je nur mit Totschweige“taktik“ darauf reagiert wird. Dass wir uns nicht auf Polizei und Staat verlassen können, wenn es um die Bekämpfung faschistischem Strukturen geht, zeigt nicht nur der Wolfenbütteler sondern auch der bundesweite Umgang mit diesem Problem. Hier ist es wichtig, Eigeninitiative zu ergreifen, wenn es darum geht, den Nazis den öffentlichen Raum zu nehmen. Aber wir müssen uns auch gleichzeitig mit den Ursachen faschistischen Gedankengutes auseinandersetzen, um weitgreifend etwas daran ändern zu können. Auch wenn es in Wolfenbüttel wieder etwas ruhiger um die Nazis geworden ist, werden wir weiterhin aktiv bleiben. Gerade jetzt, wo ein NPD-Fascho als Mandatsträger im Kreistag sitzt. In diesem Sinne: Organisiert euch und werdet aktiv!



**JUGEND-ANTIFA WOLFENBÜTTEL**  
**[JAW]**

Kontakt unter:  
**JAW@gmx.de**

**Meldet uns faschistische Übergriffe!**



## „Ja, da sin wa dabei, das is prima“

Die Bundeswehr im weltweiten Einsatz für „deutsche Interessen“

Ok, zugegeben, so fröhlich gesungen hat niemand beim Abschied der deutschen Soldaten in den Libanoneinsatz - auch nicht als die Soldaten nach Afghanistan verabschiedet wurden, oder in den Kongo, oder auf den Balkan, oder ans Horn von Afrika, oder in den Sudan...

Während sich beim Angriffskrieg der USA auf den Irak Empörung breit machte, regt sich über einen Auslandseinsatz von Bundeswehrsoldaten niemand auf und auch die Bilder von der Verabschiedung deutscher Soldaten ins Ausland sind inzwischen zur Normalität geworden. Richtig glücklich wirkt dabei allerdings niemand und auch in der deutschen Bevölkerung gibt es eigentlich wenig Zustimmung für diese Einsätze

(was sich in nicht mehr als einem zustimmenden Nicken äußert, wenn Hans Beimer in der Lindenstrasse gegen die Kriegseinsätze wettet). Stellt sich die Frage, warum „unsere“ Bundesregierung immer wieder Auslandseinsätze der Bundeswehr beschließt?

### **Vom angeblichen Friedensbringer hin zur offenen Angriffsarmee**

Während uns die Bundeswehr beim Jugoslawien-Einsatz noch als „Friedensbringer“ und „Wiederaufbauhelfer“ präsentiert wurde, hat inzwischen die Realität auch in der Berichterstattung Einzug gehalten. So wird heute offen diskutiert, ob man denn auch auf Kindersoldaten schießen dürfe und wie man denn am besten ein Schiff versenke. Fadenschei-

## **Kommt zur Jugend Antifa Aktion (JAA)**



**Aktiv werden gegen Krieg, Nazis und staatlichen Rassismus!**

**Jeden Montag ab 19 Uhr**

im Antifaschistischen Café

Cyriaksring 55 - 38118 Braunschweig

nige Rechtfertigungen à la „wir führen Krieg aus humanitären Gründen“ existieren nur noch am Rande und die Bundeswehr wird als das präsentiert was sie ist - eine Armee. Und eine Armee tut, wozu sie gedacht ist - Lebensgrundlagen zerstören und Menschen töten. Da die „humanitären Gründe“ also inzwischen nicht mehr im propagandistischen Vordergrund stehen, werden jetzt offen andere Gründe genannt.

Deutschland ist eines der reichsten Länder Europas. Deutsche Politiker fordern einen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat, um damit (noch mehr) Einfluss auf den Gang der Welt zu nehmen. Da das mit einer Bundeswehr, die nur im eigenen Land rumsteht, nicht geht, sind nun neue Aufgaben für die Bundeswehr vorgesehen: Schon Peter Struck traf während seiner Amtszeit die Aussage, dass Deutschlands Sicherheit zukünftig am Hindukusch verteidigt werde und rechtfertigte damit die Anwesenheit von Bundeswehrsoldaten in

Afghanistan und den Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer überall auf der Welt einsetzbaren Interventionsarmee. Und da diese Transformation der Bundeswehr mittlerweile nahezu abgeschlossen ist, denkt der jetzige Verteidigungsminister Jung schon einmal laut über eine Grundgesetzänderung nach, die zukünftig den Beschluss von Auslandseinsätzen ohne lange Diskussionen im Parlament ermöglichen soll.

Dass die wahren Aufgaben des Militärs jedoch viel eher ökonomischer und machtpolitischer Natur sind, wird schnell deutlich, wenn man sich einmal die Verteidigungspolitischen Richtlinien der BRD oder die Aussagen



einiger Politiker ansieht: So sprach schon der ehemalige Verteidigungsminister

Volker Rühle 1992 von Deutschland als einer „kontinentalen Mittel-

macht mit weltweiten Interessen“ und verlangte, dass die Bundeswehr den „ungehinderten Zugang zu Rohstoffen und Märkten in aller Welt sichern“ solle. Auch Verteidigungsminister Jung schlägt mit seinem „Weißbuchentwurf 2006“ (ein eigentlich internes sicherheitspolitisches Programm von dem etwa 100 Seiten ins Internet gelangten) in die selbe Bresche und schlägt die „Verteidigung und Entwicklung guter Beziehungen zu strategischen Schlüsselstaaten“ vor. Es gelte „wegen der Export- und Rohstoffabhängigkeit Deutschlands, sich besonderen Regionen, in denen kritische Rohstoffe und Energieträger gefördert werden, zuzuwenden“.

## Beispiel Kongo

Eines der aktuellen Einsatzgebiete der Bundeswehr, die Demokratische Republik Kongo (DR Kongo) ist eine dieser „besonderen Regionen“ - strategischer Schlüsselstaat und eines der rohstoffreichsten Länder der Erde. Zur Sicherung der „freien“ Wahlen wurde mal eben eine 2.100 Personen starke EU-Kampftruppe (781 Soldaten aus Deutschland) entsandt. Es ginge darum, Präsenz zu zeigen und „um die Sicherheit unseres Landes“, so Verteidigungsminister Jung. Und da vielleicht nicht jedem klar ist, was die eigene Sicherheit mit den kon-

golesischen Wahlen zu tun hat, erklärte er prompt: „Wenn wir nicht dazu beitragen, den Unruheherd Kongo zu befrieden, werden wir mit einem großen Flüchtlingsproblem in ganz Europa zu tun bekommen.“

Es geht also darum, dass keine Flüchtlinge hierher kommen - so ist das also. Da kann der geneigte BILD-Leser natürlich nur zustimmen - also ab, marsch - marsch in den Kongo und den „Flüchtlingsstrom eindämmen“! Das mit den Flüchtlingen ist wahrscheinlich die einzige Wahrheit, die uns die Regierung im Rahmen des Kongoeinsatzes verkauft hat - ansonsten geht es ihnen nämlich nicht um **freie** Wahlen, sondern um Wahlen, die die hergebrachte korrupte Machtstruktur im Kongo konservieren und vor allem legitimieren und so den transnationalen Konzernen einen preiswerten Zugriff auf die reichhaltigen Ressourcen des Landes sichern. Mit einer Beteiligung der Bundeswehr sichert sich auch Deutschland einen Stück vom Kuchen und hat einen Fuß (oder vielleicht besser ein Gewehr) in der Tür zu einem der Länder, das über seltene und immer knapper werdende Rohstoffe verfügt.

## Beispiel Libanon

Aus ein wenig anderen Gründen,

aber ebenfalls mit Hintergedanken werden jetzt auch Marinesoldaten in den Libanon geschickt. Hier spielen weniger wirtschaftliche Interessen eine Rolle, als vielmehr machtpolitische. Durch den Marineeinsatz, den Politiker ja schon angeordnet hatten, bevor überhaupt eine Anfrage der libanesischen Regierung vorlag, gelang es den Militärs, einen weiten Standort in dieser Krisenregion zu erhalten. Durch die eventuelle Ausbildung von libanesischen Sicherheitskräften, oder durch eine Militärbasis wäre es möglich, auch dauerhaft „deutsche Interessen“ in dieser Region besser durchzusetzen. Mit dem Flottenkommando im Libanon ist Deutschland wieder einen Schritt weiter, um eine militärische Vormachtsstellung zu erreichen. - Wer später eine Führungsrolle bei den „Friedens“verhandlungen einnehmen will, muss erst den Krieg führen. Denn nur wer beim Krieg mitmacht, darf später entscheiden, was mit den Besiegten geschieht.

## **Noch einmal zusammengefasst...**

Erstaunlich schnell hat sich der Umbau der Bundeswehr von einer „Verteidigungsarmee“ hin zur weltweiten Eingreiftruppe vollzogen - und ebenso schnell scheint eben dieses niemanden mehr zu

interessieren. War die Bundeswehr jahrzehntelang um ihr Image als Verteidigungstruppe bemüht, musste sie sich auf Einsätze beschränken, die um das Thema „Menschenrechtsverletzungen“ kreisten, kräht heute kein Hahn mehr nach dem wie und warum eines Einsatzes - allenfalls das Parlament muss noch einmal darüber reden. Aber auch das soll ja bald geändert werden. Und da es anscheinend niemanden mehr aufregt, dass Deutschland nun auch wieder in den Angriffskrieg geht, benötigt es noch die passenden Gesetzesänderungen um seine Armee problemlos dorthin zuschicken zu können, wo gerade mal wieder Macht verteilt wird. Denn nur um Macht geht es letzten Endes - um die Macht seine Vorstellungen vom Gang der Dinge durchzusetzen und sich durch Rohstoffe und/oder politische Bündnisse eine Vormachtsstellung in der Verteilung von Märkten und somit von profitablen Kapitalanlagemöglichkeiten zu sichern. Deutschland kann in diesem Spiel nur mitspielen, wenn es eine Armee hat, die uneingeschränkt im Ausland agieren kann.

## **Widerstand ist nötig und möglich**

Wichtig ist für die Militärs eine positive Grundstimmung bei denen, die den Krieg ausbaden müs-

sen. Kein Soldat und keine Soldatin lässt sich gerne ins Ausland schicken, wenn er oder sie schon zuhause nur auf Verachtung für's kämpfen trifft. Und genau dort gilt es anzusetzen! Die gesellschaftliche Ächtung alles Militärischen muss wieder stärker vorangetrieben werden. Und dass der herrschenden Klasse Protest gegen ihre neue Machtpolitik nur sehr ungelegen kommt, zeigen die Beispiele von den letzten beiden antimilitaristischen Kundgebungen in unserer Region: Am 12.11.2005 wurde der lautstarke Protest von etwa 250 AntimilitaristInnen in bei einem öffentlichen Gelöbnis in Bordenau von der Polizei zerschlagen (die Lautsprecheranlage wurde konfisziert bzw. zerstört - siehe Fight Back! Nr.33). Am 15.07.2006 wurde eine Kundgebung gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision in Hannover

- praktisch ein großen Grillfest mit Soldaten und Wirtschaftsvertretern welche die Veranstalter schon mal zynisch „What A Wonderful World“ oder „Night Of The Goldies“ nennen - zuerst mit unsinnigen Auflagen drangsaliert. Nach dem Abschluss der Kundgebung wurden die AntimilitaristInnen mehrere Male von der Polizei angegriffen, obwohl dem Anmelder der Kundgebung vorher ein unbehelligter Abzug garantiert wurde. Die Kriegstreiber aus den Führungsetagen von Wirtschaft und Politik sind sich ihrer Sache noch nicht sicher, sonst wäre das bisschen Protest ihnen nicht so ein Dorn im Auge. Es liegt also an uns allen, ob dies so bleibt oder nicht. Setzen wir unseren Widerstand gemeinsam fort! Denn Krieg ist auch im 21. Jahrhundert noch das was er schon immer war - einfach scheiße!



## **Die Bundeswehr als Ausbilder und was ihr gegen unerwünschte Besuche in der Schule tun könnt**

In der heutigen Zeit stellt die Bundeswehr gerne ihre Funktion als Jobgeber mit Zukunft dar. Und das nicht ganz zu unrecht: Durch die immer aggressiver geführte Außenpolitik und die damit verbundenen Auslandseinsätze benötigt die Bundeswehr eine immer größere Anzahl von Leuten, die bereit sind sich für lange Zeit zu verpflichten, weil sich ihre Ausbildung sonst nicht lohnen würde. Da wohl auch die Umwandlung zur Berufsarmee nur noch eine Frage der Zeit ist (Wehrdienstleistende kann man nicht so gut ins Ausland schicken) macht die Bundeswehr jetzt schon „tolle Angebote“ für zukünftige Rekruten: bezahltes Studium, Führerscheine und ein „sicherer“ Arbeitsplatz sind nur einige der Angebote, mit der die Militärs werben.

Doch so gut, wie sie beschrieben werden, sind diese Angebote bei näherem Hinsehen meist gar nicht. Neben langjährigem Verpflichtungszwang (beim Studium z.B. 12 Jahre) gehören auch Auslandseinsätze zum festen Programm - und das heißt, dass man bereit ist, sich bei Bedarf für deutsche Wirtschafts- und Machtinteressen in irgendeinem frem-

den Land verheizen zu lassen.

In letzter Zeit kommt es immer häufiger vor, dass die Bundeswehr Jungoffiziere an Schulen schickt, um für ihren „Job“ Werbung zu machen. Wenn ihr das nicht so einfach hinnehmen wollt gibt es einige einfache Möglichkeiten, um diesen Besuch zu verhindern oder zumindest dafür zu sorgen, dass der Werber kein leichtes Spiel hat.

€ Soldaten kommen nicht ohne Einladung zu euch - es hat also euer Lehrer, oder eure Lehrerin, oder sogar die Schulleitung eine Einladung ausgesprochen. Hier heißt es zuallererst mal Öffentlichkeit zu erzeugen. Diskutiert in eurer Klasse oder eurem Kurs das Thema, schaut, dass ihr noch andere findet, die Krieg scheiße finden und eurer Meinung sind. Wenn ihr mit eurer Meinung nicht alleine dasteht, dann informiert euch, wer die Bundeswehr eingeladen hat. Sprecht mit Klassensprechern, der Schülerversammlung und Lehrerinnen und Lehrern, und schaut, ob nicht noch mehr Leute dagegen sind. Kurz gesagt: werdet ungemütlich!

€Die Erfahrung zeigt leider, dass selbst, wenn eine Mehrheit gegen den Auftritt von Soldatenanwerbern ist, Schulen nicht demokratisch funktionieren. Diejenigen, die die Macht an der Schule haben, können trotzdem an ihrem Vorhaben festhalten. Dann könnt ihr Politik machen: wenn ihr in eurer Schule Leute habt, denen Krieg ebenso zuwider ist, startet Aktionen. Ihr könnt z.B. den Offizier mit einem Transparent und Parolen begrüßen, oder seine Ausführung boykottieren, oder noch besser stören. Dabei geht es nicht darum, mit aller Gewalt etwas zu verhindern, oder sich

selbst zu gefährden, sondern darum, eure Meinung zu äußern und nicht zur schweigenden Mehrheit zu gehören.

€Wendet euch an uns! Wir helfen euch, Gegenaktionen zu organisieren, einen Gegenvortrag zu veranstalten, oder den Bundeswehrvertreter mit anderen Mitteln total unglaubwürdig zu machen.

Die sind natürlich nur einige Tipps und Möglichkeiten. Gestaltet euren Widerstand lautstark und kreativ und zeigt den Militärs, dass es noch Menschen gibt, die sich mit Krieg nicht abfinden können.

# Antifaschistisches Café

**Jeden Freitag ab 20 Uhr**  
**Cyriaksring 55 - 38118 Braunschweig**  
**[www.antifacafe.de.vu](http://www.antifacafe.de.vu)**

Antifaschistische Aktionen, Informationen, Diskussionen, Veranstaltungen, Filme, Flugblätter, Zeitschriften, Bücher, Plakate, Aufkleber, T-Shirts, Anstecker, Aufnäher ...

# TERMINE:

Freitag 3. November

**Lecker Essen + Dessert (für 2 Euro)**

20 Uhr €Antifaschistisches Café €Cyriaksring 55

Freitag 17. November

**Lecker Essen + Dessert (für 2 Euro)**

20 Uhr €Antifaschistisches Café €Cyriaksring 55

Freitag 1. Dezember

**Film: „Der Lagerkomplex“**

20 Uhr €Antifaschistisches Café €Cyriaksring 55

Freitag 15. Dezember

**Lecker Essen + Dessert (für 2 Euro)**

20 Uhr €Antifaschistisches Café €Cyriaksring 55

Freitag 29. Dezember

**Lecker Essen + Dessert (für 2 Euro)**

20 Uhr €Antifaschistisches Café €Cyriaksring 55

<http://www.antifacafe.de.vu>